



Republik Türkei

Rollenprofil | Kurzversion



Türkei

Rollenprofil



Abbildung: Hagia Sofia, Istanbul, Türkei | 2018 | Unsplash / Abdullah Ögük | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Istanbul, Türkei | 2019 | Unsplash / Svetlana Gumerova | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Anafartalar Caddesi, Ankara, Türkei | 2021 | Unsplash / Sefa Köksal | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Istanbul, Türkei | 2020 | Unsplash / Engin Yapici | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Taksim-Platz, Istanbul, Türkei | 2018 | Unsplash / Drew McKechnie | Lizenz: Unsplash



Abbildung: : Türkisches Frühstück | 2020 | Unsplash/ Aram Sabah | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Istanbul Gay Pride, Türkei | 2013 | Wikimedia / Istanbulian91 | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Abbildung: Landschaftsaufnahme Bayirköy, Fethiye | 2019 | Unsplash / Olga Subach | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Robinson Club Sarigerme Park | 2019 | Flickr / dronepicr | Lizenz: CC BY 2.0 DEED

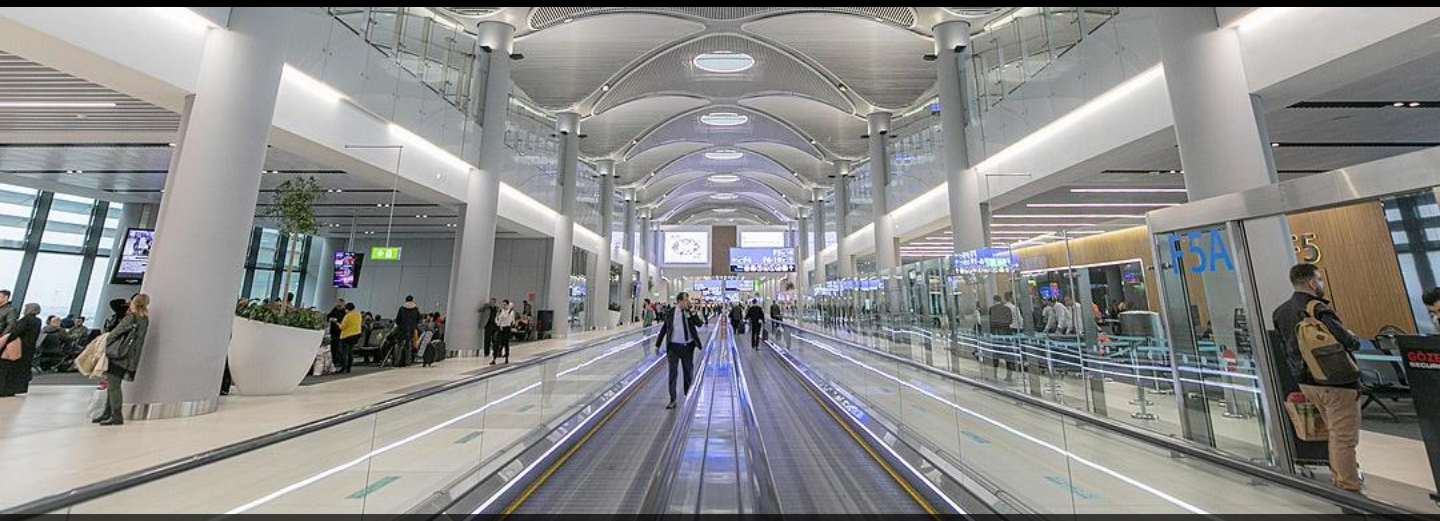


Abbildung: im Flughafen von Istanbul, Türkei | 2019 | Wikimedia / Arne Müsseler | Lizenz: CC BY-SA 4.0



Abbildung: Finanzzentrum Ataşehir, Türkei | 2023 | Wikimedia / Acode37 | Lizenz: CC0 1.0



Abbildung: Heißluftballons über Kappadokien, Türkei | 2017 | unsplash / Mar Cerdeira | Lizenz: unsplash



Republik Türkei



Allgemeine Informationen



Wikipedia¹

Türkei

Der **Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk** leitete eine Modernisierung der Türkei durch gesellschaftliche und rechtliche Reformen nach dem Vorbild verschiedener europäischer Nationalstaaten ein.

In der Türkei leben mehr als 83 Millionen Einwohner (Stand: 2019). Die Türkei ist ein **Schwellenland mit mittlerem Einkommen**. In der Rangliste der größten Volkswirtschaften stand sie 2016 an 13. Stelle. Die Türkei ist unter anderem Mitglied der Vereinten Nationen sowie der Organisation für Islamische Zusammenarbeit.

Nach einem **Putschversuch 2016** haben die türkische Regierung und der Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan den Ausnahmezustand verhängt und Maßnahmen erlassen, die über die zweijährige Dauer des Ausnahmezustands hinaus bis heute die Demokratie in der Türkei schwächen. In den Politikwissenschaften wurde das politische System der Türkei oft als „**defekte Demokratie**“ beschrieben.

Im Mai 2016 stellte die in Ankara ansässige Denkfabrik TARK fest, dass es in der Türkei **11.000 aus politischen Gründen Inhaftierte** gäbe. Darunter Akademikerinnen, Journalistinnen und andere Intellektuelle. Es sei ein weltweit einmaliger Zustand, dass man in der Türkei auch dann wegen Terrorismus verurteilt werden könne, wenn es keinen Bezug zu Gewalt gäbe. Hierfür sei durch die AKP-Regierung der Begriff „**unbewaffneter Terrorismus**“ erfunden worden.

Mehrere Medienvertreter darunter der Vorsitzende der österreichischen Journalistengewerkschaft Wolfgang Katzian haben in einem gemeinsamen Brief 2010 an den türkischen Botschafter in Wien, auf die Unterdrückung von Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei aufmerksam gemacht und an die **50 inhaftierten Journalisten** in türkischen Gefängnissen erinnert. Im Jahr 2011 hat sich der türkische Ministerpräsident Erdoğan mit einem vom Parlament verabschiedeten Mediengesetz die persönliche Befugnis geben lassen, Fernsehkanäle vorübergehend schließen zu lassen oder Programme zu verbieten, wenn die Inhalte die öffentliche Ordnung stören würden.

¹ vergleiche Wikipedia – Türkei: <https://de.wikipedia.org/wiki/Norwegen> [31.03.2021]

Abbildung: der türkische Präsident Erdogan mit Frau und Tochter sowie dem griechischen Präsidenten | 2010 | Wikipedia / Γιώργος Α. Παπανδρέου Πρωθυπουργός της Ελλάδας | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Abbildung: Globus: Turkey (orthographic projection) | Wikimedia / theEmirr | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Republik Türkei

Position: Todesstrafe



Deutsche Welle¹



Türkei: Mit der Todesstrafe auf Stimmenfang

- **Forderung des Koalitionspartners der türkischen Regierung nach Todesstrafe.** Devlet Bahçeli ist Vorsitzender der türkischen Partei MHP, welche zusammen mit der AKP von Präsident Erdoğan die Regierung bildet. Bahçeli forderte, die Todesstrafe, die 2004 verboten wurde, wiedereinzuführen.
- **Todesstrafe zur Abschreckung.** Bahçeli befürwortete eine Anwendung der Todesstrafe bspw. bei Sexualverbrechen oder dem „Versuch, die Verfassungsordnung mit Gewalt zu zerstören“.
- **Opposition: Ablenkungsmanöver.** Die politische Opposition sieht die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe als Mittel, um von Problemen der Regierung wie einer schwächer werdenden Wirtschaft abzulenken.
- **Rechtsexperten: Todesstrafe völkerrechtswidrig.** » Türkische Rechtsexperten warnen davor, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe den endgültigen Bruch der Beziehungen zum Westen und zu Europa ziehen würde. Nach Auffassung des Verfassungsrechtlers Ibrahim Kaboglu von der CHP verstieße eine Wiedereinführung der Todesstrafe auch gegen das Völkerrecht. [...] Die Türkei müsste also ihre Unterschrift zurückziehen, um die Todesstrafe einzuführen [...] Zudem breche die Türkei dann vollkommen mit dem Zivilrecht der westlichen Welt und einer ihrer größten Errungenschaften im Bereich der Menschenrechte. «
- **Wiedereinführung aufwendig.** Für die Wiedereinführung der Todesstrafe müssten mehrere Hindernisse überwunden werden. Es bräuchte eine Verfassungsänderung, eine Volksbefragung und eine Mehrheit im Parlament.
- **Todesstrafe gegen politische Gegner.** » Sollte der türkische Präsident und seine Regierung trotz innenpolitischer Widerstände den steinigen Weg eines Referendums einschlagen, werde nach Meinung des Menschenrechtsanwalts Turgut Kazan "eine dunkle Zeit eintreten". Sollte das Referendum gewonnen werden, würde die Regierung davor nicht zurückschrecken, die Todesstrafe auch gegen politische Gefangene anzuwenden, fürchtet der Anwalt. «
- **Wille der Regierung zur Wiedereinführung unklar.** Die Haltung der Regierung zur Wiedereinführung der Todesstrafe sei insgesamt nicht eindeutig.

¹ vergleiche Deutsche Welle (2020): <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-mit-der-todesstrafe-auf-stimmenfang/a-54878305> [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied der ARD. [...] Der Sender soll als "der deutsche Auslandssender zu (tages)aktuellen Weltgeschehnissen die deutsche Sicht darstellen, [...] Die Finanzierung der DW wird maßgeblich mit Steuergeldern aus dem Bundeshaushalt finanziert. «



Republik Türkei

Position: Todesstrafe

Hürriyet¹



Parlamentssprecher sagt, er befürworte die beschränkte Todesstrafe

- **2004 abgeschafft.** 2004 hatte das türkische Parlament die Todesstrafe abgeschafft.
- **Todesstrafe bei Mord und Sexualverbrechen.** Der Sprecher des türkischen Parlaments Mustafa Şentop [von der stimmenstärksten Partei AKP] befürworte die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen wie bspw. vorsätzliche Tötung und Sexualverbrechen gegen Kinder.
- **Abschreckender Effekt als Argument.** Der Parlamentssprecher schließt sich damit der Forderung von Devlet Bahçeli an, der die rechtsextreme Partei MHP anführt. Dieser wies darauf hin, dass Verbrechen wie Mord, Belästigung und Vergewaltigung zunehmen würden. Die Todesstrafe sollte deshalb wiedereingeführt werden, um abschreckend zu wirken.
- **Wiederholte Forderung der Regierungspartei.** In der Vergangenheit habe es wiederholt auch Rufe der Regierungspartei AKP von Präsident Erdoğan gegeben, die Todesstrafe wieder einzuführen.

¹ vergleiche Hürriyet (2020): <https://www.hurriyetdailynews.com/parliament-speaker-says-he-favors-the-limited-death-penalty-157983> [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: "Hürriyet (deutsch „Freiheit“) ist eine türkischsprachige Tageszeitung mit Redaktionsssitz in Istanbul.“ [...] Die Boulevardzeitung ordnet sich heute selbst als „liberal-konservativ“ ein; Eurotopics bezeichnet sie als konservativ. Sie befürwortet eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Im Kopf der Zeitung befindet sich neben dem Schriftzug Hürriyet in weißer Schrift auf schwarz-rotem Grund ein Bild des Staatsgründers Atatürk und das Motto Türkiye Türklerindir („Die Türkei gehört den Türken“).“



Republik Türkei

Zitate

Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan¹



Zitate

Die Zitate von Staatspräsident Erdoğan sind insgesamt widersprüchlich. Manche können als Befürwortung, manche als Ablehnung der Demokratie verstanden werden.

- **Demokratie ist nur der Zug:** » Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten. «
- **Forderung nach Demokratie:** » Es gibt eine unverkennbare Forderung nach Demokratisierung im Nahen Osten und in der gesamten muslimischen Welt. «
- **Frauen ohne Haushalt fehlt etwas:** » Einer Frau, die die Mutterschaft ablehnt, die auf den Haushalt verzichtet, so erfolgreich ihr Arbeitsleben auch ist, fehlt etwas, sie ist unvollständig. «
- **Islam und Demokratie vereinbar:** » Aber vor allem teile ich nicht die Ansicht, dass islamische Kultur und Demokratie nicht vereinbar sind. «
- **Islamische Gesetze:** » Gott sei Dank sind wir Anhänger der Scharia. «
- **Muslime:** » Europa, ihr wollt uns nicht, weil die Mehrheit unserer Bevölkerung Muslime sind ... Wir wussten es, aber wir haben versucht, unsere Aufrichtigkeit zu zeigen. «
- **Mutterschaft:** » Unsere Religion [Islam] hat eine Position für Frauen definiert: Mutterschaft. Manche Leute können das verstehen, andere nicht. Das kann man Feministinnen nicht erklären, weil sie das Konzept der Mutterschaft nicht akzeptieren. «
- **Regierungsgegner Hand abhacken:** » Jeder Anstifter oder Wahnsinnige, der es wagt, seine Hand gegen die Regierung zu erheben, soll sicher sein, dass die Regierung sie abhacken wird. «
- **Todesstrafe:** zur möglichen Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei: » Warum sollte ich sie auf Jahre hinweg im Gefängnis halten und füttern? – das sagen die Leute. «
- **Türkischer Mensch bringt nur Liebe:** » Die türkische Gemeinschaft und der türkische Mensch, wohin sie auch immer gehen mögen, bringen nur Liebe, Freundschaft, Ruhe und Geborgenheit mit sich. Hass und Feindschaft können niemals unsere Sache sein. Wir haben mit Streit und Auseinandersetzung nichts zu schaffen. «
- **Völkermord:** » es ist einem Muslim nicht möglich, Völkermord zu begehen «

¹ vergleiche [beruhmte-zitate.de](https://beruhmte-zitate.de/autoren/tayyip-erdogan/?page=3): <https://beruhmte-zitate.de/autoren/tayyip-erdogan/?page=3> [25.07.2022]



Republik Türkei

Rollenprofil | vertiefende Infos





Türkei

Rollenprofil



Republik Türkei

Menschenrechtslage



Freedom House¹

Bericht über die Türkei

- **Über Freedom in the World.** Verwandt mit dem Demokratieindex ist der jährliche Bericht *Freedom in the World* zur Menschenrechtslage in unterschiedlichen Ländern. Er wird von der Nichtregierungsorganisation Freedom House veröffentlicht. Diese sitzt in den USA. Sie finanziert sich unter anderem aus staatlichen Förderungen der USA, der Europäischen Union und Norwegens. Ferner erhält sie Geld von Stiftungen wie den Open Society Foundations von George Soros oder Unternehmen wie Google und Facebook.²
- **Bewertung.** Neben den einzelnen Rubriken steht, mit welchem Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sich die Bewertung beschäftigt und wie viele Punkte erreicht wurden. (4/4) wäre die beste Wertung.
- **Art. 02 – Diskriminierung (1/4).** *Die muslimische Strömung der Aleviten und Nicht-Muslime werden in Schulen und in anderen Bereichen diskriminiert. Schulen und Kulturorganisationen der kurdischen Minderheit wurden in den letzten Jahren teilweise geschlossen, kurdische Feste verboten. Homosexuelle und andere sexuelle Minderheiten sind Diskriminierung, Belästigung durch die Polizei und Gewalt ausgesetzt. Sie werden auch von Politiker-innen angefeindet. Präsident Erdoğan verteidigte 2020 den türkischen Leiter für Religionsangelegenheiten, nachdem er Homosexualität mit Krankheit und gesellschaftlichem Verfall in Verbindung gebracht hatte. Die Regierung zensiert weiterhin Medien, in denen sexuelle Minderheiten vorkommen. Nach Angaben der Regierung beherbergt die Türkei mehr als vier Millionen Flüchtlinge und Migranten, die meisten davon aus Syrien. Es ist für sie schwierig, die türkische Staatsbürgerschaft zu bekommen. Ihre Bewegungsfreiheit ist auf die Provinzen beschränkt, in denen sie registriert sind. Außerhalb davon dürfen sie weder leben noch arbeiten. Die meisten Flüchtlingskinder haben keinen Zugang zu Bildung. Die meisten Erwachsenen haben keine Arbeitserlaubnis. Flüchtlinge werden zunehmend angefeindet, auch von Politiker-innen. Es gab Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Die Türkei gehört weltweit zu den Ländern mit der meisten Gewalt gegen Frauen und den meisten Frauenmorden. Für die Täter gäbe es oft Straflosigkeit. Frauenrechtler-innen wurden teilweise eingesperrt. Die Türkei hat sich aus einem internationalen Vertrag zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen zurückgezogen. Es gibt nur wenige Frauenhäuser. Erdoğan und seine Partei setzen sich dafür ein, dass Frauen mindestens drei Kinder zur Welt zu bringen und sich nicht scheiden lassen. Kinderehen sind illegal, finden jedoch häufig statt.*

¹ vergleiche **Freedom House** (2022): <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2023> [27.01.2024]

² vergleiche **Influencewatch**: <https://www.influencewatch.org/non-profit/freedom-house/> [03.01.2024]



Republik Türkei

Menschenrechtslage



Freedom House¹

Bericht über die Türkei

- **Art. 03 – Sicherheit (1/4).** Den türkischen Behörden wird regelmäßig Folter von Gefangenen vorgeworfen. Die Regierung wehrt sich gegen die Veröffentlichung eines Berichts über Gefängnisse und Folter in der Türkei. Die Türkei befindet sich weiterhin in einem Konflikt mit der kurdischen Minderheit, die nach mehr Unabhängigkeit strebt.
- **Art. 07 – Korruption (1/4).** Korruption bleibt ein großes Problem, auch auf den höchsten Regierungsebenen. Die Antikorruptionsbehörden sind unwirksam, was zu einer Kultur der Straflosigkeit führt. Eine Handvoll Unternehmen erhalten einen Großteil der öffentlichen Aufträge. In der Türkei ist eine demokratische Kontrolle der Regierung nahezu unmöglich geworden. Die Regierung hält Informationen zurück und Beamten wird vorgeworfen, verzerrte Daten zu veröffentlichen (bspw. bei Inflationen, Arbeitslosenzahlen und Coronainfektionen), um die Probleme der Türkei herunterzuspielen.
- **Art. 10 – Faire Gerichtsverfahren (1/4).** Seit 2016 sind tausende Richterinnen und Staatsanwältinnen durch regierungstreue Anhängerinnen ersetzt worden. Richterinnen, die gegen den Willen der Regierung urteilten, würden abgesetzt, während diejenigen, die Erdoğan's Kritikerinnen verurteilten, befördert worden seien. Oft drohe Anwältinnen selbst eine Verhaftung, wenn sie Personen verteidigen, denen Terrorismus vorgeworfen wird.
- **Art. 13 – Bewegungsfreiheit (1/4).** Im Jahr 2016 gab es einen Putschversuch. Danach wurden mehr als 125.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen. Sie haben Schwierigkeiten, Arbeit zu finden und können nicht ins Ausland reisen, da ihre Reisepässe ungültig gemacht wurden.
- **Art. 18 – Religionsfreiheit (2/4).** Kritikerinnen werfen der Regierungspartei AKP vor, sunnitische Muslime zu bevorzugen. 2022 wurden mindestens fünf NGOs und Gotteshäuser anderer religiöser Gruppen angegriffen und zerstört. Seit den 2010er bekommt der Islamunterricht in Schulen immer mehr Raum und religiöse Schulen nehmen zu. Moscheen im In- und Ausland würden von der Regierung unterstützt und dahingehend beeinflusst, regierungsfreundliche Predigten zu halten.

¹ vergleiche Freedom House (2022): <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2023> [27.01.2024]



Republik Türkei

Menschenrechtslage



Freedom House¹

Bericht über die Türkei

- **Art. 19 – Medienfreiheit (1/4).** Die meisten türkischen Mediennetzwerke haben enge Verbindungen zu Präsident Erdoğan. Sie spiegeln die Positionen der Regierung wider. Obwohl es unabhängige Medien gibt, stehen sie unter enormem politischem Druck und werden regelmäßig strafrechtlich verfolgt. Sie werden häufig zensiert, mit Geldstrafen belegt oder geschlossen. Journalist:innen werden regelmäßig bestochen, um Negatives über andere Parteien zu berichten. Kritische Journalist:innen erhalten Geldstrafen, werden körperlich angegriffen oder inhaftiert, beispielsweise wegen Beleidigung des Präsidenten oder Terrorismus. Die Türkei ist das Land mit der vierthöchsten Zahl an eingesperrten Journalist:innen. 2022 wurde das Angebot der Deutschen Welle in der Türkei gesperrt. Große Social-Media-Unternehmen, darunter Facebook und YouTube, müssen kritische Inhalte entfernen oder Geldstrafen zahlen.
- **Art. 20 – Versammlungsfreiheit (1/4).** Die Behörden verbieten routinemäßig von Regierungskritiker:innen organisierte Versammlungen, während regierungsnahe Kundgebungen erlaubt sind. Die Polizei setzt häufig Gewalt ein, um friedliche Proteste aufzulösen. Im Jahr 2022 setzten Sicherheitskräfte Tränengas, Pfefferspray und Gewalt bei Demonstrationen zum 1. Mai, zum Frauentag, Gay Prides, gegen Gewalt an Frauen der gegen Preiserhöhungen ein. Bei Gay Prides wurden mehr als 200 Menschen verhaftet. 2022 wurden mehrere Musikfestivals verboten.
- **Art. 20 – NGOs (1/4).** Seit 2016 wurden mehr als 1.500 Stiftungen und Vereine geschlossen. Leiter:innen der verbleibenden NGOs werden schikaniert, verhaftet und strafrechtlich verfolgt. Im Jahr 2021 for die Regierung die Vermögen von 770 NGOs mit der fadenscheinigen Begründung der Terrorismusfinanzierung ein. Die Justiz der Türkei hat mehrere prominente Menschenrechtsaktivist:innen, darunter den ehemaligen Chef von Amnesty International Türkei, wegen erfundener Terrorismusvorwürfe verurteilt, offensichtlich in dem Bemühen, den Einsatz für Menschenrechte zu unterdrücken.



Republik Türkei

Menschenrechtslage



Freedom House¹

Bericht über die Türkei

- **Art. 21 – Wahlrecht (2/4).** Erdoğan, der die Partei AKP anführt, gewann die Präsidentschaftswahlen 2018 mit 52,6 Prozent der Stimmen. Die Wahl wurde kritisiert und es wurde berichtet, dass staatliche Medien die AKP in ihrer Berichterstattung bevorzugten. Außerdem soll Erdoğan wiederholt politische Gegner beschuldigt haben, Terrorismus zu unterstützen. 2022 wurde von der Regierung ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Dies sieht unter anderem vor, dass Minister-innen staatliche Mittel ihres Ministeriums für ihren Wahlkampf verwenden dürfen.
- **Art. 21 – Machtwechsel möglich? (2/4).** Die Türkei unterhält ein Mehrparteiensystem mit fünf großen Parteien im Parlament. Die Regierung wird verdächtigt, Führungspersonal anderer Parteien mithilfe der Justiz zu verfolgen und zu schikanieren. Die Büros der drittgrößten Partei HDP werden regelmäßig von der Polizei durchsucht und von rechtsextremen Mobs angegriffen. 2022 wurde der Bürgermeister von Istanbul – Ekrem İmamoğlu, der als Herausforderer Erdoğans galt – wegen Beleidigung des Staates verurteilt und aus der Politik ausgeschlossen. Gegen seine Mitarbeiter wird wegen Terrorismus ermittelt. Canan Kaftancıoğlu, Vorsitzende der Partei CHP in Istanbul, wurde wegen Beleidigung des Präsidenten verurteilt und inhaftiert.
- **Art. 22 – Ausbeutung (1/4).** Die Gewerkschaften sind schwach. Die Regierung geht gegen Arbeitnehmer-innen vor, die Verbesserungen erzielen wollen. Arbeitsunfälle sind in den letzten Jahren häufiger geworden. 2022 starben in der Türkei mindestens 1.843 Arbeitnehmer-innen bei Arbeitsunfällen. Nur ein winziger Teil der Flüchtlinge verfügt über eine Arbeitserlaubnis. Informelle Wirtschaft und Schwarzarbeit machen etwa ein Drittel der gesamten Wirtschaft aus.
- **Art. 23 – Gewerkschaften (1/4).** Gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten von Arbeitgebern sind an der Tagesordnung. Arbeitsrechte werden nur unzureichend durchgesetzt. Bei den alljährlichen Maidemonstrationen werden Gewerkschaftsführer-innen häufig festgenommen.



Republik Türkei

Allgemeine Informationen



bbp – Bundeszentrale für politische Bildung¹

Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung



- **Nach dem Putschversuch 2016.** » Seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016, bei dem 249 Zivilisten ums Leben kamen, sind im bis heute andauernden Ausnahmezustand an die 150.000 Staatsbedienstete entlassen oder freigestellt worden. Über 50.000 Personen wurden festgenommen, 370 türkische NGOs und rund 150 Medien geschlossen sowie über 100 Journalisten verhaftet [...]. Die Justiz ist stark politisiert und scheint nicht mehr unabhängig von der türkischen Regierung zu agieren. Eine freie, unabhängige Urteilsfindung bei den Prozessen gegen verhaftete Regimekritiker ist im türkischen Rechtssystem daher kaum noch vorstellbar. «
- **Gescheiterter Putsch beschleunige Politik Erdoğan.** » Der gescheiterte Putsch bietet Staatspräsident Erdoğan seit 2016 die Gelegenheit, Staat und Gesellschaft schneller als bisher nach seinen Vorstellungen zu transformieren und einen neuen Nationalmythos zu manifestieren: Die Propagierung bizarrer Verschwörungstheorien über das Ausland, die permanente Erzeugung eines Klimas der Angst und der aggressive Konfrontationskurs gegenüber dem Westen «
- **Religion in Schulen.** » Dabei spielt die Islamisierung in der Bildung eine wichtige Rolle: So wurde Mitte 2017 die Evolutionstheorie aus den türkischen Lehrplänen entfernt. Im Religionsunterricht wird hingegen zukünftig über die "Scharia" und den "Dschihad" gelehrt und an allen Schulen werden obligatorisch nach Geschlechtern getrennte Gebetsräume eingerichtet. Während die Zahlen von religiösen [...]Schulen und Korankursen seit Jahren stetig steigen, gehört die Türkei in internationalen Bildungsstudien wie der PISA-Studie mit zu den Schlusslichtern. «
- **Forschende entlassen.** » Dem kritischen Denken und Forschen werden unter der AKP-Regierung Grenzen gesetzt. Über 8.000 Professoren und Akademiker haben ihre Arbeit verloren, darunter viele renommierte Wissenschaftler, die den Friedensaufruf zur Lösung der Kurdenfrage "Academics for Peace" unterstützten. Statt auf Qualifikation zu setzen, ist hier die Loyalität und Unterwürfigkeit gegenüber dem Erdoğan-Regime maßgeblich. «

S. 20

¹ vergleiche Bundeszentrale für politische Bildung (2018): <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018> [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: „Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“
Abbildung: Parlament, Ankara, Türkei | 2015 | Wikimedia / Voice of America, Yıldız Yazıcıoğlu | Lizenz: CC0 1.0



 Republik Türkei

Allgemeine Informationen



bpb – Bundeszentrale für politische Bildung¹


Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung

- **Kulturszene.** » In den Musiker- und Szenevierteln Beyoğlu und Beşiktaş leidet die westlich orientierte Musikszene daran, dass sie z. B. keine Genehmigungen mehr für ihre Veranstaltungen erhält und Konzerthallen schließen muss. An staatlichen Theatern existieren Repressionen und politische Kontrollen weiter, kritische Schauspieler müssen um ihren Job fürchten. «
- **Folter von Minderjährigen.** » Nach Angaben des türkischen Justizministeriums sitzen 2017 insgesamt 2.578 Minderjährige im Gefängnis (eine Steigerung um 26 Prozent seit der Regierungsübernahme der AKP im Jahr 2002) und im Zeitraum von 2009 bis 2017 haben sich 77 Kinder und junge Erwachsene zwischen 18-21 Jahren in der Haft das Leben genommen. Auch die Folter in den türkischen Gefängnissen soll nach Angaben von türkischen Menschenrechtsorganisationen wie IHD (İnsan Hakları Derneği) und TIHV (Türkiye İnsan Hakları Vakfı) kontinuierlich zunehmen. «
- **Frauenmorde.** » In der AKP-regierten Türkei stieg in den letzten fünf Jahren aber auch die Gewalt gegenüber Frauen weiter an; während 210 Frauen im Jahr 2010 durch männliche (Partnerschafts)-Gewalt ermordet wurden, fielen 2016 bereits 328 Frauen zum Opfer dieser Gewalt. «
- **sexuelle Minderheiten.** » Zunehmend haben Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuelle einen schweren Stand in der Türkei. Obwohl die "Gay-Pride" in Istanbul von 2003 bis 2014 stets friedlich verlief, endete sie in den letzten Jahren durch Demonstrationsverbote und Polizeieinsätze immer wieder blutig. «

S. 22

¹ vergleiche Bundeszentrale für politische Bildung (2018): <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018> [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: „Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“
Abbildung: Demonstration am Tag der Menschenrechte gegen die Inhaftierung von Journalist-innen in der Türkei | 2016 | Wikimedia / Voice of America, Hilmi Hacaloğlu | Lizenz: CC0 1.0



 Republik Türkei

Allgemeine Informationen



bpb – Bundeszentrale für politische Bildung¹

Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung



- **Tabuthemen.** » Bis heute gibt es im Nationenverständnis der Türkei keinen Platz für eigenständige Minderheiten. Der Begriff "Minderheit" (im Türkischen "azınlık") ist negativ konnotiert. Diese Minderheiten wie Kurden, Aleviten und Armenier werden auch heute noch als "Spalter" und "Vaterlandsverräter" und als Gefahr für die türkische Nation betrachtet. Mittlerweile ist sogar die Geschäftsordnung des türkischen Parlaments dahingehend angepasst worden, dass die Verwendung der Begriffe "Kurdistan", "kurdische Gebiete" und "Völkermord an den Armeniern" im Parlament verboten ist, mit einer hohen Geldstrafe geahndet wird und Abgeordnete dafür aus Sitzungen ausgeschlossen werden können. «
- **Schusswaffen.** » Besorgniserregend ist zudem die Bewaffnung der Bevölkerung. Nach Angaben der Polizei ist jeder vierte türkische Bürger ein Schusswaffenbesitzer; von den sich im Umlauf befindenden 20 Millionen Schusswaffen sind allerdings nur rund 700.000 genehmigt. Diese Aufrüstung ist insbesondere bei fanatischen AKP-Anhängern zu beobachten. So baut auch schon der Schwiegervater von Erdoğan's Sohn Bilal eine Art Bürgerwehr als regierungstreue Miliz auf [...]. «
- **Kritik an der Türkei.** » [...] entwickelte sich die Türkei auch von einer aufstrebenden Regionalmacht zu einem unberechenbaren und unzuverlässigen Problemland. Seitdem befindet sich die Türkei im Fokus der internationalen Kritik: die UN [...] mahnen die Türkei zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, [...]. «
- **Türkei als „outlaw state“** » Als "outlaw states" hätte der US-amerikanische Philosoph John Rawls in seinem vielzitierten Werk "Das Recht der Völker" solche Länder wie die Türkei bezeichnet, die freundschaftliche Beziehungen zerstören, sich von Feinden umzingelt fühlen, permanent aggressiv in ihrer Außenpolitik auftreten und Menschenrechten keine Bedeutung schenken «

S. 23

¹ vergleiche Bundeszentrale für politische Bildung (2018): <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018> [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: „Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“
Abbildung: Demonstration für Frauenrechte, Istanbul, Türkei | 2017 | Wikimedia / Neslihan_Turan | Lizenz: CC BY-SA 4.0



MAKING THE
INVISIBLE
VISIBLE

www.amnesty.de/unSichtbar



Republik Türkei

Amnesty International



Amnesty International¹

Menschenrechtslage in der Türkei 2019



- **Menschenrechtslage im Überblick.** » Das harte Durchgreifen gegen tatsächlich oder vermeintlich Andersdenkende wurde – trotz des Endes des zweijährigen Ausnahmezustands im Juli 2018 – auch 2019 fortgesetzt. Tausende Menschen wurden in langer Untersuchungshaft mit Sanktionscharakter festgehalten, oft ohne glaubwürdige Beweise dafür, dass sie eine völkerrechtlich anerkannte Straftat begangen hatten. Die Rechte auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit waren stark eingeschränkt, und Personen, die als kritisch gegenüber der derzeitigen Regierung galten – vor allem Journalist_innen, politische Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen – wurden inhaftiert oder mit erfundenen Anklagen konfrontiert. Auch 2019 verboten die Behörden willkürlich Demonstrationen und wandten bei der Auflösung friedlicher Protestaktionen unnötige und unverhältnismäßige Gewalt an. Es gab glaubwürdige Berichte über Folter und Verschwindenlassen. Die Türkei schob syrische Flüchtlinge in ihr Herkunftsland ab, nahm aber noch immer mehr Flüchtlinge auf als jedes andere Land. «
- **Recht auf freie Meinungsäußerung.** » Strafrechtliche Ermittlungen und Verfolgungsmaßnahmen nach den Antiterrorismusetzen sowie Untersuchungshaft mit Strafcharakter wurden weiterhin eingesetzt, um tatsächlich oder vermeintlich Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, die sich keiner nachweislich strafbaren Handlung schuldig gemacht hatten. Die Gerichte sperren Online-Inhalte, und gegen Hunderte von Social-Media-Nutzer_innen wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. «
- **"Operation Friedensquelle".** » Am 9. Oktober 2019 startete die Türkei eine Militäroffensive gegen kurdische Kräfte in Nordost-Syrien ("Operation Friedensquelle") mit dem erklärten Ziel, an der Grenze eine 32 Kilometer breite "Sicherheitszone" zu errichten. Während der Operation, die vom türkischen Militär zusammen mit verbündeten syrischen bewaffneten Gruppen durchgeführt wurde und am 22. Oktober endete, wurden nachweisbar Kriegsverbrechen begangen. «

S. 24

¹ vergleiche Amnesty International (2020): <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019> [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente [...] Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen [...] Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «
Abbildung: "Making the Invisible Visible", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / keriluamox | Lizenz: CC BY-SA 2.0



MAKING THE
INVISIBLE
VISIBLE

www.amnesty.de/unSichtbar



Republik Türkei

Amnesty International



Amnesty International¹

Menschenrechtslage in der Türkei 2019



- **Journalist_innen.** » Noch immer saßen Dutzende von Journalist_innen und anderen Medienschaffenden in Untersuchungs- oder Strafhaft. Einige der von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen nach den Antiterrorismusegesetzen Betroffenen wurden zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt, und ihre friedliche journalistische Arbeit wurde als Beweis für eine Straftat dargestellt. [...] Hakan Demir, der Online-Chef der Tageszeitung Birgün, und Fatih Gökhan Diler, der Chefredakteur der Nachrichtenwebsite Diken, wurden am 10. Oktober festgenommen, weil sie Artikel über die "Operation Friedensquelle" veröffentlicht hatten, die nichts strafrechtlich Relevantes enthielten und in denen auch nicht zu Gewalt aufgerufen wurde. [...] Am 27. Oktober wurde die Anwältin und Kolumnistin Nurcan Kaya auf dem Flughafen von Istanbul festgenommen, weil sie in einem Tweet die "Operation Friedensquelle" kritisiert hatte und deshalb Ermittlungen wegen "Anstiftung zu Feindschaft oder Hass" gegen sie eingeleitet worden waren. [...] «
- **Menschenrechtsverteidiger_innen – Anklage gegen Mitglieder von Amnesty International wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation".** » Dutzende von Menschenrechtsverteidiger_innen sahen sich mit strafrechtlichen Ermittlungen und Verfolgungen konfrontiert und wurden wegen ihrer Menschenrechtsarbeit in Polizeigewahrsam genommen oder in Haft gehalten. Der Prozess gegen Taner Kılıç, Ehrenvorsitzender von Amnesty International in der Türkei, und İdil Eser, ehemalige Direktorin der türkischen Amnesty-Sektion, sowie neun weitere Menschenrechtsverteidiger_innen wurde 2019 auf Grundlage des unbegründeten Vorwurfs der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation" fortgesetzt. Im Falle einer Verurteilung drohen ihnen bis zu 15 Jahre Haft. «

S. 25

¹ vergleiche **Amnesty International** (2020): <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019> [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente [...] Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen [...] Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «
Abbildung: "Making the Invisible Visible", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / keriluamox | Lizenz: CC BY-SA 2.0

MAKING THE INVISIBLE VISIBLE



www.amnesty.de/unSichtbar



Republik Türkei

Amnesty International



Amnesty International¹

Menschenrechtslage in der Türkei 2019



- **Aktivist_innen.** » Im Juli 2019 hob ein Verfassungsgericht die Urteile gegen zehn Akademiker_innen wegen "Propaganda für eine terroristische Organisation" auf. Sie hatten im Jahr 2016 eine Friedenspetition unterzeichnet, in der unbefristete Ausgangssperren und Sicherheitsoperationen im Südosten der Türkei kritisiert wurden. «
- **Umweltaktivist_Innen.** » Im September 2019 wurde der Lebensmittelingenieur und entlassene Wissenschaftler Dr. Bülent Şik wegen "Weitergabe geheimer Informationen" zu 15 Monaten Haft verurteilt. Er hatte eine Reihe von Artikeln über krebserregende Pestizide und andere Giftstoffe in landwirtschaftlichen Produkten und im Trinkwasser veröffentlicht. «
- **Inhaftierung von Oppositionellen und Ersetzung durch regierungstreue Politiker.** » Die beiden ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Volkspartei (HDP) Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ blieben weiterhin inhaftiert. Ihre Verurteilung wegen Terrorismusverdachts stützte sich mangels glaubwürdiger Beweise weitgehend auf ihre öffentlichen Reden. Nach den Kommunalwahlen im März 2019 kamen 20 gewählte Bürgermeister_innen in Untersuchungshaft, die der HDP nahestehen. Stattdessen wurden in den betroffenen Gemeinden regierungsnaher Vertrauenspersonen eingesetzt. «
- **Versammlungsfreiheit.** » In mehreren Städten wurden pauschale Versammlungsverbote erlassen, ohne die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit solcher Maßnahmen individuell zu prüfen. Die Polizei löste eine Reihe friedlicher Proteste gewaltsam auf, und zahlreiche friedlich Demonstrierende waren mit strafrechtlichen Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen unter anderem wegen "Propaganda für eine terroristische Organisation", "Teilnahme an einer illegalen Versammlung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" konfrontiert. «

S. 26

¹ Amnesty International (2020): <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019> [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente [...] Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen [...] Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «
Abbildung: "Making the Invisible Visible", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / keriluamox | Lizenz: CC BY-SA 2.0

MAKING THE INVISIBLE VISIBLE



www.amnesty.de/unSichtbar



Republik Türkei

Amnesty International



Amnesty International¹

Menschenrechtslage in der Türkei 2019



- **Demonstrationen für Rechte von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen verboten oder gewaltsam aufgelöst.** » Ein pauschales, zeitlich unbegrenztes Verbot aller Veranstaltungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI), das die Provinzverwaltung Ankara im November 2017 verhängt hatte, wurde im April 2019 aufgrund eines Gerichtsbeschlusses aufgehoben. Daraufhin wurde jede LGBTI-Veranstaltung einzeln verboten. Die Pride Parade der Studierenden der Technischen Universität des Nahen Ostens (Orta Doğu Teknik Üniversitesi – ODTÜ) in Ankara im Mai wurde von der Universitätsleitung verboten und von der Polizei mit unnötiger und exzessiver Gewalt aufgelöst. Im Juni erließen auch die Provinzverwaltungen Izmir, Antalya und Mersin pauschale Verbote, um Veranstaltungen zur Pride-Woche zu verhindern. Die Istanbul Pride Parade wurde zum fünften Mal in Folge verboten. «
- **Demonstrationen für Frauenrechte verboten oder gewaltsam aufgelöst.** » Im März 2019 verboten die Behörden den Marsch zum Internationalen Frauentag in Istanbul unmittelbar vor dem Beginn. Mit Tränengas und anderer unverhältnismäßiger Gewalt zerstreute die Polizei die Kundgebung Tausender friedlicher Teilnehmer_innen. Im November griff in Istanbul die Polizei Hunderte von Demonstrierenden, die sich zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen versammelt hatten, mit Tränengas und Plastikgeschossen an. «
- **Nach Putschversuch 2016 Entlassung von über 100.000 Personen.** » Mehr als 115.000 der insgesamt 129.411 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – darunter Wissenschaftler_innen, Soldat_innen, Polizist_innen, Lehrer_innen und Ärzt_innen – die nach dem Putschversuch von 2016 willkürlich per Notverordnung entlassen worden waren, blieben von der Arbeit im öffentlichen Dienst weiter ausgeschlossen und erhielten keine Pässe. Viele von ihnen und ihre Familien leiden unter Mittellosigkeit und einer dramatischen gesellschaftlichen Stigmatisierung, da sie in den Vollstreckungsanordnungen als Personen mit Verbindungen zu "terroristischen Organisationen" aufgeführt wurden «

S. 27

¹ vergleiche Amnesty International (2020): <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019> [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente [...] Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen [...] Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «
Abbildung: "Making the Invisible Visible", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / keriluamox | Lizenz: CC BY-SA 2.0



MAKING THE
INVISIBLE
VISIBLE

www.amnesty.de/unSichtbar



Republik Türkei

Amnesty International



Amnesty International¹

Menschenrechtslage in der Türkei 2019



- **Folter und andere Misshandlungen.** » Auch 2019 gab es glaubwürdige Berichte über Folter und andere Misshandlungen. Im osttürkischen Urfa wurden nach einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen den Sicherheitskräften und der bewaffneten Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Mai 2019 zahlreiche Personen festgenommen. Einige von ihnen gaben über ihre Rechtsbeistände bekannt, dass sie unter anderem mit Elektroschocks an den Genitalien gefoltert worden waren. Andere Rechtsbeistände berichteten, dass sich einige der ehemaligen Außenministeriumsmitarbeiter_innen, die im Mai 2019 in der Generaldirektion für Sicherheit von Ankara wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, schwerem Betrug und Fälschung zu terroristischen Zwecken" festgehalten wurden, nackt ausziehen mussten und dass ihnen mit Vergewaltigung mit Schlagstöcken gedroht wurde. «
- **Flüchtlinge und Asylsuchende.** » Die Türkei nahm mit über 3,6 Millionen Flüchtlingen aus Syrien und etwa 400.000 Flüchtlingen und Asylsuchenden aus anderen Ländern weiterhin mehr Zuflucht suchende Menschen als jedes andere Land auf. [...] Berichten zufolge hat die türkische Polizei vor dem militärischen Einmarsch der Türkei in Nordost-Syrien im Oktober in die Türkei geflohene Syrer_innen geschlagen, bedroht oder irreführt, um sie zur Unterzeichnung der Formulare für die "freiwillige Rückkehr" zu zwingen. Die Behörden verwahrten sich gegen Vorwürfe der Zurückweisung von Syrer_innen an der türkischen Grenze und erklärten ihrerseits, es seien insgesamt 315.000 Syrer_innen "freiwillig" zurückgekehrt. «

S. 28

¹ vergleiche **Amnesty International** (2020): <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019> [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente [...] Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen [...] Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «
Abbildung: "Making the Invisible Visible", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / keriluamox | Lizenz: CC BY-SA 2.0